

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

131 (8.6.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 28 M mit Postgebühren; durch die Post bezogen 33 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruher Abgaben abgeholt 21 M monatlich. — Einzelheft 1 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Kusenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einpaltige Kolonelle 3,40 M, auswärts 4.— M. Die Meldezeitung 15.— M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der Erzberger-Mord vor den Offenburger Geschworenen

Offenburg, 7. Juni. Der Erzbergerprozeß hat heute morgen um 9 Uhr seinen Anfang genommen. Der Ankläger war nicht so stark, wie man erwartete. Der Verteidiger wohnte bei Generalstaatsanwalt Söllner von Karlsruhe und der Reichskommissar für die öffentliche Ordnung Oberst Koenigsberg. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Dr. Grossefinger. Bei der Vernehmung der Geschworenen bewies er darauf, daß der Prozeß einen politischen Charakter habe. Wir alle hätten gegenüber Erzberger eine bestimmte politische Stellung eingenommen, und wir hätten uns anlässlich seines Todes unsere eigenen Gedanken gemacht und das Ereignis gänzlich oder unvollständig beurteilt. Diese Erwägungen müßten wir heute mit hinter uns lassen. Es handle sich heute um eine reine Verurteilung der Tat, die mit politischen Anschauungen nichts zu tun habe. Während des Prozesses werden sechs Augenzeugen vernommen. Die Verteidigung liegt in den Händen des Rechtsanwaltes Krieg-Offenburg und des Reichsanwaltes Söllner-München. Zu den Verhandlungen sind 87 Zeugen geladen, darunter die Frau Erzbergers, der Reichstagsabgeordnete Diez, der Bruder des Häftlings Tillesen Kapitänleutnant a. D. Karl Tillesen. Von Offenburger befinden sich unter den Zeugen nur zwei Herren, Landgerichtsrat Eggeler, der bekanntlich die mehr schwierige Voruntersuchung und die Nachforschung in München, Berlin und anderen großen Städten erfolgreich durchgeführt hat, sowie Oberstaatssekretär Ziegler. Außerdem sind auch eine Reihe Zeugen von der Organisation C anwesend, die aber, wie wir hören, zum Schwur nicht zugelassen werden. Die andere Zeugenreihe setzt sich zusammen aus Personen, die am Tage des Mordes im Reichsbad, Oppenau und in der Nachbarschaft in unmittelbarer Verührung mit dem Angeklagten waren. Ein großer Teil des Aufklärungsauftrages bezug der Zeugen, die die der Spurengerechtigkeit neu herbeigeführt wurde, nahmen die Vertreter der Presse ein, deren etwa 35 bis 40 nach Offenburg gekommen sind, teils mit einem Buro. Auch aus dem Auslande sind einige Herren hier anwesend. Als Beweismittel liegen dem Gericht vor: die Schießwunde Erzbergers, die 2 Schüsse aufweist, die durchsichtige Koppe des Toten, Patronen und Kugeln, die man an Tatort fand, Briefschaften, Urkunden usw.

Es beginnt zunächst die Vernehmung des Angeklagten Manfred v. Killinger, der ausdrücklich seinen Lebenslauf schildert. Er war Seeoffizier und hat im Kriege u. a. in der Schlacht bei Gallipoli mitgekämpft und später in der Revolutionszeit an der Unterdrückung der sozialistischen Aufstände und am ersten Polenaufstand mitgewirkt. Als Kompanieführer beim Freikorps Ehrhardt lernte er Schulz und Tillesen kennen. In der weiteren Vernehmung werden die Personalien von Schulz und Tillesen festgestellt. Schulz, Sohn eines Arztes, ist 1893 in Cassel, Tillesen 1895 in Kain-Bündental als Sohn eines Kapitäns geboren. Nach ihrer Entlassung gingen beide nach Regensburg, wo sie von Dr. Heim in einer der von diesem geleiteten Unternehmungen beschäftigt wurden mit einem Gehalt von nur 6000 M. Von dort begab er sich mit der Absicht zu studieren, Ende April oder Anfang Mai 1921 nach München. Hier traten sie eisdann in den Geheimbund C ein. Ueber diesen Geheimbund sagt Killinger, es sei eine aus einem Selbstwilligenkorps bei der Marinebrigade Ehrhardt gebildete Organisation, die bei kommunistischen Unruhen eine Truppe zur Verfügung stellen sollte. In dieser Organisation, deren Leiter Karl Kauter, Hoffmann und Müller waren, trat auch Killinger ein und übernahm die Abteilung b, die die organisatorischen Fragen behandelte, Nachrichten herausgab usw. In dieser Abteilung waren auch Schulz und Tillesen tätig. Die Abteilung a war eine Nachrichtenabteilung, die Abteilung c die politische Abteilung, die u. a. auch eine Zeitschrift „Walden“ herausgab und politische Unternehmungen leitete. Zweck der Organisation sei, so stellte Killinger es hin, Verhinderung einer Volkserneuerung des Reiches, aber nicht der gewalttätigen Umsturz der Verfassung gewesen, wenn auch die Beimarner Verfassung befangen wurde. Ueber Erzberger ist zwar geschwiegen worden, aber nie von seiner Beteiligung die Rede gewesen. Man habe ihm einmal die Unterzeichnung des Waffenstillstandes zur Last gelegt, nach der Meinung Killingers zu Unrecht, da hier Erzberger nur im Auftrag gehandelt habe. Besonders aber habe man ihn bestraft, weil er der Haupttreiber der Unterzeichnung des Friedensvertrages gewesen sei.

Aus den Johann verlesenen Sitzungen der Geheimorganisation C ergibt sich, daß als Ziele bezeichnet werden: Verhinderung der Beimarner Verfassung, Sammlung entschlossener Männer zur Verhinderung der Revolutionierung Deutschlands, Unterdrückung größerer Unruhen und Einbeziehung einer nationalen Regierung. Die Mitglieder verpflichteten sich zum unbedingten Gehorsam gegenüber der Leitung und zum absoluten Schweigen Dritten gegenüber. Vertreter verfallen der Rede.

Der Angeklagte erklärte auch hierzu, daß Gewalttätigkeiten fernzulegen hätten, daß es sich bei dem unbedingten Gehorsam nur um einen militärischen Gehorsam gehandelt habe, aber nicht um die Verpflichtung zur Vollziehung jeder strafbaren Handlung. Die Rede sollte sich nur auf Mitglieder, nicht auf außenstehende Personen bezogen haben. Schulz hatte als Leiter der Korrespondenz, Tillesen arbeitete für den Briefverkehr. Die Geschworenen der Organisation sind dem Angeklagten nicht bekannt. Er nimmt an, daß sie hauptsächlich aus interessierten Kreisen von Handel und Industrie kommen. Killinger bekam monatlich 2000, Schulz 1200 bis 1500 und Tillesen 1200 M monatlich. Schulz und Tillesen haben Anfang August 1921 von dem Angeklagten, der mit ihnen nicht freundschaftlich, sondern nur noch dienlich verkehrte, haben will, einen Urlaub auf 8 bis 4 Wochen erhalten, angeblich zu einer Reise in den Thüringer Wald. Ein Brief von Schulz vom 27. Juli an die Tochter seiner früheren Verlobten in Regensburg ist dem Angeklagten bekannt. Ein Brief von Schulz vom 27. Juli an die Tochter seiner früheren Verlobten in Regensburg ist dem Angeklagten bekannt. Ein Brief von Schulz vom 27. Juli an die Tochter seiner früheren Verlobten in Regensburg ist dem Angeklagten bekannt. Ein Brief von Schulz vom 27. Juli an die Tochter seiner früheren Verlobten in Regensburg ist dem Angeklagten bekannt.

In der Nachmittags-Sitzung verliest der Vorsitzende einen Brief von Schulz an dessen Mutter, worin bemerkt wird, daß sie ihm seinen und Tillesens Koffer zum Mitnehmen mitgegeben sollte. Briefe an Killinger sollten nicht mit Schulzens Adresse versehen werden. Killinger erklärte er, er wisse nichts von der Tat.

Darauf wurde die Zeugenvernehmung begonnen. Neun Zeugen waren für heute nachmittag geladen, darunter auch Reichstagsabgeordneter Diez und Frau Erzberger, die sich mit Kraftfreiheit entschuldigend hatte. Der erste Zeuge, Reichstagsabgeordneter Diez, gab eine genaue Darstellung des Vorganges während des Mordes. Im wesentlichen sagte er dasselbe, was aus den Presseberichten der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Die Angeklagten, die ihm damals schwer verriet, hielten sich im Körper. Einer der Zeugen, der Landwirt Pantzer aus Griesbach schilderte etwas eingehender, wie er und der Dienstknecht Huber, der ebenfalls vernommen wurde, im Wald die Schüsse vernommen haben, durch sie beide auf die Mordtat aufmerksam gemacht wurden und in die Pargelle getreten, wo sie Erzberger tot auffanden. Als Sachverständiger machte Dr. Sartori über die Sektion der Erzbergerleiche eingehende Ausführungen. Die Demonstration zu der Schießwunde wurde im Sitzungssaal vorgenommen. Die Sitzung wurde gegen 6 Uhr am morgen vertagt.

Die Protokollführung in Cassel. Unter Hinweis auf die Gefährdung der Republik infolge des Mangels an Geschlossenheit auf Seiten der Arbeiterschaft, schloß Scheidemann mit der Aufforderung zu dem Gelübde, bis zum letzten Atemzuge für die Erhaltung der deutschen Republik zu kämpfen. Die Demonstration verlief in vollster Ordnung.

Die steigende Teuerung. Die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Erhebung über den Aufwand für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete Indeziffer für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Mai auf 3462 gestiegen. Das bedeutet gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 9 Prozent. Von März auf April betrug die Steigerung 20,3 Prozent. Die Erhebungsstellen zeigen im Mai eine geringere Steigerung, als die Gesamtdaten, und

war um 7,4 Prozent. Wesentliche Preissteigerungen zeigten wiederum Brot, Nahrungsmittel, Fleisch, Zucker und Fett. Brennstoffe, besonders Kohlen und Briketts sind weiter stark im Preis gestiegen. Auch die Preise für Gas und elektrischen Strom sind fast überall heraufgesetzt worden.

Von der „Futterkrippe“ der Stützen des alten Staates

Der Reichstag hat am 27. Mai das Gesetz über die Verwertung von Kartgeldempfängern und das Pensionsfürsorgegesetz verabschiedet und damit dem Rechtsempfinden weiter Volkstreu, nicht zuletzt auch der Beamten, Rechnung getragen. Kurz gesagt, richtet sich das Gesetz gegen widerpenfliche Kartgeldempfänger, die einmal auf Kartgeld gesetzt, sich weigern, eine neue Dienststelle, die ihrem Wissen und Können entspricht, zu übernehmen. Anlaß hierzu gab das Verhalten einiger Oberkriegsgerichtsbeiräte, die man bei der Aufhebung der Militärjustiz unbedenklichernweise mit dem vollen Gehalt auf Kartgeld gesetzt hatte und die für die Übernahme einer anderen angemessenen Stelle im Dienst des Reichs allerhand Bedingungen stellten.

Das Pensionsfürsorgegesetz will jenen Pensionären die Pension kürzen, welche neben ihrer Pension ein Arbeitseinkommen von mehr als 60 000 M jährlich haben. Die Kürzung beträgt dann die Hälfte des Betrages, um den der Arbeitsverdienst 60 000 M überschreitet, jedoch bleibt die Hälfte der Pension in jedem Fall gesichert. Dabei ist noch ausdrücklich bestimmt, daß bei weiteren Erhöhungen der Besoldungen und Pensionen die 60 000 M-Grenze entsprechend heraufgesetzt wird. Jeder nur einigermaßen kundige sieht auf den ersten Blick, daß die breite Masse der unteren und mittleren Beamten, ja auch der höheren Beamten, an dem Gesetz gar kein Interesse hat. Das Gesetz trifft nur Pensionäre, die erstens im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind, denn sonst würden sie nicht neben der Pension noch mehr als 60 000 M verdienen können. Der Kreis der Pensionäre, der also überhaupt in Betracht kommt, rekrutiert sich nicht aus den Beamten der unteren und mittleren Besoldungsklassen, es handelt sich vielmehr um jene Leute, die schon während ihrer Dienstjahre wußten, daß Arbeit nicht immer des Lebens angenehmster Teil ist, und es deshalb sehr gut verstanden, sich ihre Arbeitsfähigkeit auch über ihre Dienstfähigkeit hinaus zu bewahren. Dazu kommen diejenigen, welche im Vollbesitz ihrer Kräfte unter dem Kaiserreich, weil Wilhelm es so wünschte, oder auch in der Republik, weil sie sich nicht umstellen konnten, oder aus Anlaß des Friedensvertrages in den Ruhestand versetzt wurden und nun neben der Pension im freien Erwerbbleiben eine gut bezahlte Stellung gefunden haben.

Es sei nur an die vielen hohen Offiziere a. D. erinnert, die dann als Direktoren bei Krupp oder einem anderen Industrieunternehmen als Reisende einer mondänen Welt- und Automobilfirma aufstehen usw. usw. Niemand wird behaupten wollen, daß es in Anbetracht der Finanzlage des Reiches gerecht ist und sozialem Empfinden entspricht, diesen Herren mit den Riesengehältern noch die Pensionen in den Rücken zu werfen.

Bei dieser Sachlage hätte man zum mindesten erwarten können, daß die Herren auf den Bänken der Rechten schmeigeln würden. Aber weit gefehlt. Von den Deutschnationalen war es der Kanonengeneral Galkow, der als Verteidiger seiner republikanischen Pension auftrat.

Am Vormittag desselben Tages wandte sich der Abgeordnete Waldenauer von der Deutschen Volkspartei im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags in schärfster Weise dagegen, daß einem Unfallrentner auch nur der Teilbesatz der Rente zugestanden werde, wenn er ein Arbeitseinkommen habe und sei es auch noch so gering. Auch daß den Arbeitslosen, Invaliden und Kriegspoltern die Rente beim Vorliegen von Arbeitsverdienst gekürzt wird, finden die Herrra ganz in der Ordnung. Dagegen führt es ihr Gerechtigkeitsgefühl, wenn z. B. dem General Lubendorff die ihm von der Republik gezahlte Pension beschneiden werden soll, weil er sich für die Verschäderung seiner landbesitzenden Güter an die deutschfeindliche Norddeutsche Presse in englischen Pfunden bezahlen läßt und so sicher ein Arbeitseinkommen von mehr als 60 000 M erzielt und daß den Herren Abgeordneten Dr. Lusaag (D.Vpt.), Brünninghaus (D.Vpt.), Becker-Hessen (D.Vpt.), Graf Westarp (D.M.) und vielen, vielen anderen infolge ihres Rieseneinkommens als Generaldirektor, Syndikus, parlamentarische Mitarbeiter großer Blätter usw. usw. nun die Pensionen etwas gekürzt werden sollen, ist natürlich wieder doch eine empörende republikanische Gemeinheit. Sie sind doch schließlich keine Unfallrentenempfänger, denen man sowas allenfalls anbieten darf.

Die Gesetze sind mit einfacher Stimmenmehrheit angenommen worden. Einige Demokraten müßten es den Reichsparteien durchaus gleichgültig. Deshalb fehlte an der verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit eine Stimme. Es ist zu erwarten, daß der Reichstag, der größtenteils aus interessierten höheren Beamten besteht, den Gesetzen widersprechen wird, sodas sie noch einmal im Reichstag zur Abstimmung und zur sicheren Annahme gelangen.

Die Protestkundgebung in Cassel

W. A. Cassel, 7. Juni. Im Verlauf eines Antritts des Gewerkschaftsleiters ließ die Arbeiterhaft Cassels als Protest gegen das Attentat auf Scheidemann heute mittag von 12-1 Uhr in allen hiesigen Betrieben die Arbeit ruhen, verblieben jedoch in den Betrieben. Nachmittags fand eine vom Gewerkschaftsleiter einberufene Protestversammlung statt, nach deren Beendigung die Massen unter wehenden roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen zum Rathaus zogen, wo Scheidemann zu ihnen sprach. In seiner Ansprache wies er u. a. darauf hin, daß die Ursachen der sich immer wiederholenden Attentate in der politischen Unreife gewisser Kreise des deutschen Volkes und seiner Verbeugung durch die reaktionäre Presse liegen. Diese Ansätze auf Personen, wie auf ihn, seien an sich gleich-

Die steigende Teuerung

Die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Erhebung über den Aufwand für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete Indeziffer für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Mai auf 3462 gestiegen. Das bedeutet gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 9 Prozent. Von März auf April betrug die Steigerung 20,3 Prozent. Die Erhebungsstellen zeigen im Mai eine geringere Steigerung, als die Gesamtdaten, und

Ein weiterer Beitrag zum Kapitel Klassenjustiz

W.M. Willingen, 6. Juni. In dem vom Deutschen Metallarbeiter-Verband Willingen gegen die Uhrenfabrikation H. G. Langkirch bei der Staatsanwaltschaft Freiburg beantragten Ermittlungsverfahren, wegen Behinderung eines W.M. in seiner Tätigkeit, folgte die Staatsanwaltschaft III Freiburg folgenden Beschlüssen:

Das Verfahren gegen Fabrikdirektor Hans Langkirch in Langkirch wegen Vergehen gegen §§ 95, 99 des Gesetzes vom 4. Februar 1920 (W.M.G.) wird eingestellt.

Der Beschluss ist datiert vom 15. Mai, also 8 Tage vor Inhaftnahme des W.M. In dem Beschluss wird mitgeteilt, daß ein Schiedspruch vorliege, wonach die Arbeiterschaft bei Aufnahme der Arbeit in sämtliche Rechte eintrete, die ihr nach dem Tarif- und Arbeitsvertrag zustehe. Daraus, daß die Direktion der Uhrenfabrikation H. G. Langkirch nach der Entlassung des W.M. D. auf eine Neuwahl verzichtete und den W.M. ohne das W.M. D. seines Amtes weiter walten ließ, dürfe nicht der Schluss gezogen werden, daß die Direktion an sich der Meinung war, daß der alte W.M. durch die Wiedereinnahme der Arbeit wieder ohne Neuwahl in sein Recht eintrete. W.M. habe Direktor Langkirch das W.M. D. auch nicht vorzählig an der Ausübung der gesetzlichen Vertretung bestraft.

Der Staatsanwalt III Freiburg kommt dann in seinem Beschluss noch auf die Verletzungen des W.M. D. zu sprechen und sagt, daß die Firma sich wohl berechtigt halten konnte, das W.M. D. freilich zu entlassen. Er bezichtigte das W.M. D. der Urkundenfälschung und sagt ferner, daß er wegen dieser Urkundenfälschung Anklage erhebe, unabhängig davon, ob und inwieweit das W.M. D. verurteilt werde, ferner aber festsetzt, daß Direktor Langkirch in seiner Annahme, daß W.M. D. sei für die Fälschung verantwortlich zu machen, nur zu Recht habe. Wenn er aber dieser Meinung sein dürfte, dann müßte er nicht nur in der Tatsache der Urkundenfälschung, sondern in der falschen eidesstattlichen Versicherung, wenn sie auch kein Strafgesetz verlege, eine so schwere Verletzung sehen, daß er sich wohl berechtigt halten konnte, das W.M. D. freilich zu entlassen. (Das W.M. D. hatte nämlich die Namen auf einer schmutzigen Kündigungsliste auf eine saubere übertragen.)

Also, obwohl der Staatsanwalt im Urteil ist, ob und inwieweit das W.M. D. verurteilt wird, und obwohl der Staatsanwalt weiß, daß die Handlung des W.M. D. kein Strafgesetz verletzt, erhebt er nicht nur Anklage, bei der öffentliche Gelder verwendet werden müssen, sondern er nahm das W.M. D. drei Tage in Haft bei Wasser und Brot und Vornengericht und setzte beim Verhör wie bei einem Schwerverbrecher einen Kriminalhauptmann neben das W.M. D. und verweigerte dem W.M. D. sich telephonisch mit seinem Vertreter, dem Geschäftsführer Schiffereder in Willingen in Verbindung zu setzen.

Ja, ja, unter dem wilhelminischen Regiment war eine solche Einstellung eines Staatsanwalts noch zu verstehen, aber in einer freien Republik sollte man etwas anderes erwarten können.

Der Protest des internationalen Gewerkschaftsbundes gegen die bolschewistische Skandaljustiz

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam, hat an die Sowjetregierung anlässlich der Aburteilung der Sozialrevolutionäre folgendes Schreiben gerichtet:

„Meine Herren! Wir erfahren aus verschiedenen Berichten in der Presse, daß der verabschiedete Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre in Ihrem Lande, der überall einen Sturm von Entrüstung erregt hat, in den letzten Tagen des Monats Mai oder frühestens am 1. Juni beginnt.“

Sie werden sich erinnern, daß unser Bureau bereits früher gegen die Verletzung der freien Meinungsäußerung, die man bei Ihnen feststellt, ebenso Protest erhoben hat, wie gegen die niederrichtigen Verurteilungen, denen von Seiten Ihrer Regierung jedermann ausgesetzt ist, dessen Meinung von der Ihrigen abweicht.

Wir sind ermüdet, im Namen des organisierten Proletariats von ganz Europa und eines Teils der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in anderen Weltteilen zu sprechen.

In der Stunde, wo der Prozeß beginnt, wollen wir noch einmal den Willen zum Ausdruck bringen, den in Arbeitertreue die Maßnahmen erweisen, die Sie, angeblich im Namen und im Auftrag der Revolution, gegen die Personen ergreifen, deren Ansichten nicht mit den Ihrigen übereinstimmen. Wir legen Wert darauf, diesem Willen Ausdruck zu geben und unseren Protest gegen die Verurteilungen zu wiederholen, die Sie gegen die Arbeiter Ihres Landes richten.

Die Islandfischer

Von Pierre Loti (Fortsetzung)

Toben sah Jann um sich und betrachtete den wohlbekannten Umkreis, ehe er zu arbeiten begann. Die Unendlichkeit des Meeres stellte sich in dieser Nacht in den denkbar einfachsten Formen dar, in ganz neutralen blauen Tönen, die nur den Eindruck der Tiefe gaben. Dieser Horizont, der weder auf eine bestimmte Region der Erde, noch deren geologisches Alter schließen ließ, wühlte sich über scheinbar wesentlichen Dingen, die gleichwohl von Ewigkeit zu Ewigkeit bestanden.

Hier war es ja niemals vollkommen Nacht, und die schwache Helligkeit schien von keiner bestimmten Richtung her ihren Ursprung zu haben. Die Meeresspiegel bräunten wie immer, und das Schiff ließ das gewohnte Rauschen vernehmen; das Meer war grau — ein Grau, das sich in Einsinken aufzulösen schien, und in dieser geheimnisvollen Ruhe verbarg sich das Meer unter Färbungen, denen der Mensch keinen Namen zu geben vermog.

An der Himmelswölbung war reichlich Wolkenbildung vorhanden, die verschiedene Formen annahm, denn irgend eine Form muß jedes Ding haben; in diesem Gellundel fließen sie aber ineinander, und scheinen nur noch einen Schleier zu bilden. Sehr tief am Horizont, fast da, wo er das Wasser zu berühren schien, machte sich ein Geäder in diesen Schleieren bemerklich, so schwach, als wäre es gar nicht dazu bestimmt, gesehen zu sein — von gestreuter Hand wie durch Zufall gebildet, und bereit, wieder zu verschwinden. Dieses schwache Geäder war der einzige Punkt in der ungeheuren Weite, der etwas zu bedeuten zu haben schien; man hätte sagen mögen, daß der unerschöpfliche, melancholische Gedanke dieser leiblosen Epöque dort eingeschrieben war, und ohne es zu wollen, blieben die Augen endlich auf ihm ruhen.

Jann verfolgte das seltsame Geäder immer aufmerksamer, wie es sich über den Himmel ausbreitete; dabei nahm es die Formen einer sich verneigenden Gestalt an, die ihre Arme weit ausstreckte. Und nachdem er sich das Gebilde so zurecht gelagert, schien es ihm menschliche Formen anzunehmen und sich zu Riesengröße auszubreiten. Und in seiner Einbildungskraft, wo unklare Traumbilder und abergläubische Vorstellungen durcheinander fluteten, vermischte sich das seltsame Wolfengebilde, das der Finsternis entstieg war, mit dem Gedanken an seinen

Wir benutzen die Gelegenheit, um Ihnen abschriftlich den stenographischen Bericht der Rede zuzulassen, die unter Kamerad Wertheim über den Terror, den Sie ausüben, auf dem Kongreß unserer Internationale gehalten hat, der vom 20. bis zum 27. April ds. J. in Rom gelang hat.

Die Rede Wertheims hat die einstimmige Zustimmung des Kongresses gefunden.“

Wie die konservativ-deutschenationalen „Christen“ in Wirklichkeit aussehn

Herr Adam Röder hier in Karlsruhe ist unfruchtig allezeit ein aufrechter und mutiger christlich-konservativer Publizist und Kämpfer gewesen. Weil er das ist, geriet er schon bei der alten konservativen Partei unter den Schlitzen. Und seit die ehemaligen Konservativen im großen Schreden über die Revolution schleunigst den alten Firmenschild überdünkelten und sich „deutschnationale Volkspartei“ nannten, ist Herr Adam Röder bei diesen Herrschaften erst recht „unten durch“. Was aber den alten publizistischen Kämpfer nicht abhält, den konservativen Deutschnationalen gelegentlich die bittersten Wahrheiten öffentlich zu sagen. In der neuesten Ausgabe seiner Korrespondenz hält er ihnen dieses Spiegelbild vor die Augen:

„Viele Konservative von heute wollen aber bloß konservativ und nicht christlich sein; das Christliche als Dekoration für den Parteigebrauch — Kinderläuse, Konfirmation und kirchliche Geselligkeit — behält man selbstverständlich bei, aber von einer Durchdringung des öffentlichen Lebens mit christlicher Ethik sieht man ab. Gegen den Krieg kann man nichts machen, gegen die doppelte Moral der Staatsmänner auch nichts und die Steuerentlastung des heutigen Stands mit seinem Aushundentag, mit der „Herrschaft der Masse“ sind so unelastische Sachen, daß man sich mit ihnen verbindet, bei in diesen Fragen „anti“ ist. Die christliche Religion ist für viele Konservative im innersten Sinn des Wortes zur Privatangelegenheit geworden. Da erklärte ein Herr Reichardt Bauer in einer benachbarten Gemeinde seinem Pfarver: „Ich bau nie weiter an, sie nenne mich ja doch“ (in Form von Steuern). Daß man arbeiten muß, um dem Gange zu dienen, und um des Herrn willen — das geht diesem „positiven Christen“ nicht ein. Viele Tausende von christlichen Konservativen haben warenhandeln oder produktionsmäßig (andere natürlich auch) während des Krieges Schulden bezahlt und sind sehr wohlhabend, viele reich geworden. Jetzt, da der Staat mit neuen Steuern und Abgabenlasten von dem mühseligen abgegriffenen Rahmen erhebliche Quantitäten abheben will, verbinden sich diese „christlichen Konservativen“ mit Religionspolitikern und Kirchenverwaltern, mit Leuten, die das „alte Regime“ einst freudig beklagten, den Leuten, den höheren Beamten, den Vätern mit hohen überschütteten, zur großen „Staatserschuldung“ Wahrung. Keine Broschürensammlung enthält nicht dieser Richtung hin die interessantesten Dokumente „christlich-konservativer“ Verwahrungsgründe.“

Mit einem halbblauen Erleichterungsseufzer gen Himmel meint dann Herr Adam Röder, alle Konservativen seien nicht von dieser „Mentalität“. Vielleicht gibt uns aber Herr Röder recht, wenn wir behaupten, die anderen, besseren Konservativen muß der „Diogenes“, der beim „Fisch“ im „Menschenanzuger“ sitzt, ebenso mit der Laterne suchen, wie einst der wirkliche Diogenes, der in einem Foch im alten Griechenland wohnte, einen ehrlichen Menschen gesucht hat.

Der Kampf der süddeutschen Metallarbeiter und die SPD.

Von Rob. Dismann.

II. (Schluß).

Und hat der große Kampf in Süddeutschland geleitet, daß die Mehrheit der kommunistischen Arbeiter, die als Gewerkschafter und Kampfsprecher in unseren Reihen stehen, nicht daran denkt, jedem Unfug zu folgen, der ihnen von ihren Parteiführern vorgelegt wird. Und das gleiche gilt von den kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären. Wenn die „Rote Fahne“ den Vorstand des D.M.B. in Grund und Boden verdammt, weil er in München nur für Wahren Verhandlungen geschlossen (das gilt natürlich nur formal, in Wirklichkeit wählten beide Teile, daß das Ergebnis der Münchner Verhandlungen auch

toten Bruder, der ihm hier eine letzte Waischaft senden zu wollen schien.

Mit Worten hätte sich diese sonderbare Ideenverbindung nicht ausdrücken lassen; es geht dabei gerade so zu, wie bei den Träumen, von welchen man nach dem Erwachen oft nur noch rätselhaft Bruchstücke behält, die keinen Sinn mehr haben.

Neben Janns Waise von den ausgebreiteten Armen in unerschöpflicher Anzahl, überkam ihn eine tiefe Traurigkeit, ein unerklärliches Angeschick, das ihm das Herz erstarren machte. Er begriff nicht, daß sein armer kleiner Bruder niemals wiederkehren werde, und der lang zurückgehaltene Schmerz drückte die rauhe Schale, die Janns Herz umgab. Er sah Selbstes fanktes Gesicht, die guten treuen Augen vor sich, und bei dem Gedanken, ihn zu küssen, legte es sich wie ein Schleier über seine Augen. Er machte sich zuerst gar nicht klar, was das war, da er seit seiner Kindheit nicht mehr gewohnt hatte, jetzt aber vollen diese Tränen über seine Wangen, sie überströmten das Gesicht in starrer unerschütterlicher Menge, und ein heftiges Schluchzen erschütterte die starre Brust.

Dabei fuhr er fort zu sitzen, ja er verlor keinen Augenblick Zeit bei der Arbeit. Seine beiden Gefährten gaben sich den Anschein als merkten sie nichts; keiner wandte den Kopf bei dem lauten Weinen, wußten sie doch wie verschlossen, aber auch wie reizbar Jann war.

Seinem Denken noch hörte mit dem Tode alles auf, und obwohl er nicht an das Weiterleben der Seele glaubte, geschah es ihm jetzt, daß er in tiefer Bewegung leise die Totengebete sprach. Die Matrosen unter sich redeten oft genug in abschprechender Weise über religiöse Dinge; noch dazu so entschieden, wie über etwas allgemein Verkanntes. Das hindert aber durchaus nicht, daß ihnen eine unbestimmte Furcht vor Geistesfern eine wohnt; sie haben ein Grauen vor Friedhöfen, aber ein um so festeres Vertrauen in ihre Schutzgötter, und eine unbedingte Verehrung für die Kirche und die gemeine Erde, die sie umgibt.

Für sich selber zweifelte Jann nicht daran, daß ihn das Meer einst verschlingen werde — als wenn diese Todesart um so sicherer ewig zu vernichten möchte — und der Gedanke, daß Schiffe auf der anderen Seite der Welt in fremder Erde, ein Grab gefunden, machte seinen Schmerz noch viel tröstlicher. In seiner Verachtung der Menschen schämte er sich daher weder seiner Tränen, noch tat er sich Zwang an, und weinte, als wäre er ganz allein mit seinem Schmerz.

Obwohl es kaum zwei Uhr war, begann das nächtliche Grau zu erbleichen und weißlich zu werden; zugleich erweichte, dehnte sich die Umgebung immer mehr aus und verlief sich in ungemessene Fernen. Mit dieser Art von Morgenrauschen öffneten sich die Augen weiter und der geläuterte Geist konnte das Ungeheure der Entfernungen besser beurteilen; die sich über den Oceanen des unbegrenzten Raumes wogen, weit, unermesslich weit hinausgerückt, und schienen immer noch mehr zurückzugehen. So blickte das Morgenlicht auch war, nahm es doch stetig zu, und schwache Streifen schienen es räumlich zu verflachen; die ewig gleichen Dinge schienen durchsichtig erleuchtet, als wären hinter den Wolken weißleuchtende Lampen langsam immer geschränkt, und zwar mit geheimnisvoller Vorsticht, als färbeten sie, die düstere Ruhe des Meeres zu stören.

Die große weiße Lampe unterhalb des Horizonts, das war die Sonne, die so früh am Morgen anfangen mußte, um ihren langsamen und kalten Weg über die unendlichen Wasser herauf zu machen.

In diesem Zuge sah man nirgends einen Schein von Morgenröte, alles blieb farblos und traurig. Und an Bord der „Marie“ wühlte ein Mann unter bitterlichem Weinen emsig weiter.

Diese Tränen des großen Jann, eines rauhgelernten Bruders, und die tiefe Melancholie in der Natur, das war die Totenfeier für den armen, jungen Helden auf den Inseln des Meeres, wo er seine halbe Lebenszeit verbracht hatte.

Als es heller Tag war, hörte Jann auf zu weinen, und wuschte sich die Tränen unter ungemessenen Bewegungen mit dem Fadenkleid ab. Er schien fertig mit seinem Weiden und so mit allem Eifer bei der Arbeit, als hätte er an nichts anderes mehr, Neugierens war der Fischfang auch so ergiebig, daß man gar nicht Hände genug hatte.

Die Welt hatte mittlerweile ein anderes Aussehen angenommen. Nachdem das großartige Schauspiel des heraufziehenden Tages zu Ende war, schienen sich die Fernen wieder aufzumengeln. Wie hatte man doch nur das Meer dort so schrankenlos ausdehnen lassen können? War doch jetzt der Horizont so nahe, daß es einem an Raum zu mangeln schien! Was vorher leere gewesen, füllte sich aufstrebend mit fadenfarbigen Segeltugchen, deren mannde dahintreiben, andere sich in lange Reihen zerteilten oder deutlich getrennt schienen. Lautlos saßen sie herab wie schlafgewordener Ruffeln; nicht ergetzt, sondern überall mit gleichmäßigem Schwalligkeit kente ergetzt, als wollte er sich alles unter sich begraben, und die Menschen füllten sich bedrückt davon, die Luft, die sie atmen sollten, also bedrückt zu leben.

(Fortsetzung folgt.)

Seine Auswirkungen auf die übrigen Kampfgebiete haben würde), so tröten wir uns in dem Bewußtsein, daß zu den also Verbannten auch etwa 15 kommunistische Funktionäre unseres Verbandes gehören (sowohl Angestellte wie Kollegen aus dem Arbeiterbereich), die ebenso wie die übrigen Kollegen, die in München acht Tage beisammen waren, über alle einzelnen Schritte der Verhandlungskommission vorher orientiert worden und den ergriffenen Maßnahmen vorher ihre Zustimmung erteilten. Der Vorstand hat im Verlauf des großen Kampfes seinen bedeutungsvolleren oder gar entscheidenden Schritt getan, zu dem nicht vorher Vertreter aus allen Kampfgebieten Stellung genommen, und zwar nicht nur angestellte Funktionäre des Verbandes, sondern ebenso Vertreter der Streikenden aus allen Orten. So war es auch in München, wo nicht nur Vertreter aus dem bayerischen Kampfgebiet, sondern auch Vertreter aus allen in Frage kommenden Orten Würtemberg, Baden und dem Bezirk Frankfurt a. M. amnestisch waren. So sieht es mit dem „raffinierten Plan“ aus („Rote Fahne“ vom 23. Mai), durch die Münchner Verhandlungen den Widerstand und den Kampfplan der streikenden Metallarbeiter im übrigen Süddeutschland zu brechen.“

Benutzen Schwinkel bereitet die „Rote Fahne“ in Nr. 244 über die Schlussabstimmung in Würtemberg, wenn sie schreibt, daß die Verhandlungen am Donnerstag nach zu Ende gegangen, Freitag früh jedoch bereits mit der Abstimmung begonnen worden sei, um so die Kämpfenden zu überlistet. Wahrheit ist, daß die Verhandlungen am Mittwoch den 21. Mai abends zu Ende gingen. In der Nacht vom 22. Mai wurden Flugblätter, die das gesamte Verhandlungsergebnis enthielten, gedruckt, am Morgen des 23. Mai in alle Streikorte Würtemberg gebracht, dort sofort verteilt und 24 Stunden nach Verteilung der Flugblätter (Freitag den 23. Mai) die Abstimmung vorgenommen.“

Wie die SPD-Kresse die Interessen der Kämpfenden geschützt verteidigt, zeigen u. a. folgende Vorgänge: A. Innerhalb der Münchner Verhandlungen erstehen ein Leitartikel der bayerischen kommunistischen Tagespresse, der das abends zuvor durch Vertreter aller Kampfgebiete in intimer Sitzung beschlossene tätliche Vorgehen der Verhandlungskommission der Öffentlichkeit ferierte. Von diesem „einen Streik“ rüdten auch alle kommunistischen Vertreter antizipieren ab. Doch es war gegeben.

B. Dienstag den 23. Mai verhandelten unsere noch im Kampf stehenden Mannheimer Kollegen mit den bayerischen Unternehmern vor dem Arbeitsministerium in Karlsruhe. Tags zuvor hatte das kommunistische Organ von Baden im Leitartikel u. a. verkündet: „Der Vorstand des D.M.B. hat ja erklärt, daß er den Kampf nicht weiterführen könne.“ Die Unternehmern setzten natürlich mit Vergnügen Bezug auf dieses Geschnitter. Genug dieser Kostproben.

Bleibt noch festzuhalten die „höhere Kampfstrategie“, die von der kommunistischen Tagespresse nach Abschluß des süddeutschen Kampfes in folgenden Zeilen verteidigt wurde:

„Nachdem die Unternehmungsbürokratie die Verlängerung der Arbeitszeit gefordert hatten, mußte die Erweiterung des Kampfes planmäßig eingeleitet werden. Zunächst konnte man die Metallarbeiter in ganz Süddeutschland als Reserve nachrüden lassen. Alsdann ohne Erfolg, dann mußte das Aufgebot der Metallarbeiter im Reich erfolgen. Begleitete die Unternehmung dann immer noch keine Nachgiebigkeit, so war, wie die (1) in der dritten Woche des Kampfes, die Mobilisation der gesamten organisierten Arbeiterschaft geboten. Sollte man so das ganze Wirtschaftsleben lahmgelegt, Bergwerke und Eisenbahnen mit eingeschlossen, dann müßten die süddeutschen Unternehmung nachgeben. So wäre in der Frage der Arbeitszeit der Sieg auf Seiten der Arbeiter gewesen. Und dann war man vorerst gegen weitere Angriffe geschützt und keine Organisation hätte man der Gefahr ausgesetzt, finanziell zu verbluten.“

Eine nette Mähmädenrechnung. Schade, daß dieser Zauberkreis nur scheinbare Durchführung wirtschaftlicher Kämpfe erst am 23. Mai, also nach Wiedereinnahme der Arbeit, das Licht der Welt erblickte. Doch es geht weiter. Glauben die „Münchener Denker“ solcher Strategien wirklich ernsthaft daran, daß man die deutschen Arbeiter beim Kampf der süddeutschen Metallarbeiter für diese Strategie gewinnen konnte, vorausgesetzt, daß dieser famose Vorstoß gewerkschaftlicher Kampfstrategie rechtzeitig bekannt wurde? Es genügt wohl, diese Frage zu stellen. Noch ist nicht die Zeit, über alle Detailsfragen und Einzelheiten des Kampfes eine offene Aussprache führen zu können.

Noch seien unsere Kollegen in einzelnen Betrieben Münschens und Würtembergs im Streit, weil verschiedene Unternehmung glauben, ihren Born ob dieses Kampfes an den Arbeitern auslassen zu können, indem sie Kollegen von der Wiedereinstellung ausschließen möchten. Die Situation gebietet uns, auch in den nächsten Wochen noch eine gewisse Reserve in öffentlichen Auseinandersetzungen zu üben.

Wenn wir in vorstehenden Zeilen die Methode der kommunistischen Presse und ihre Hintermänner kennzeichnen mußten, so sollen und dürfen damit unsere kommunistischen Kollegen nicht getroffen werden, die gleich allen übrigen Kämpfern ihren Mann in diesem langen Kampfe gefunden haben. Die Arbeiter haben weder ein Interesse noch einen Vorzug von jenem gewissenlosen Treiben, das seit Monaten gegen die Betriebsleitung und die Funktionäre der Organisationen geführt wurde. Konzentrieren wir unsere Kräfte zur Zusammenfassung des gesamten Proletariats, hürten wir unsere Kampfsorganisationen. Das gebietet die Stunde.

Badische Politik

Die Kohlenverföhrung Badens im Monat Mai

Die Badische Landeskohlenstelle teilt mit: Trotz pünktlicher Waggengestellung und gutem Abnehmerstand (Gaußelregel über 3 Meter) war die Verköhrung Badens mit Kohlen im vergangenen Monat mangelhaft. Als Gründe hierfür müssen die F6rderungsdrückung, Zeitverlust und insbesondere die Ententeferdrückungen angeführt werden. Besonders fühlbar waren in diesem Monat die schlechten Zustände in den Kohlenfeldern für die lebenswichtigen Betriebe, vor allem an die Gas- und Elektrizitätswerke; bei den Ersteren mußten deshalb verschiedentlich Betriebsstörungen eintreten, die in ausgedehnten Brennstoffmangel, Saar- und englischen Kohlen mußten in größerem Umfang getätigt werden. — Bekanntlich hat das Reichsbergbauamt vorläufig vom 1. Mai 1922 bis einschließlich 31. August 1922 die Kohlenverköhrung auf 100% festgesetzt, um der Industrie die Möglichkeit zu geben, sich einzurichten zu bevorzugen. — Günstiger war die Verköhrung in mitleidigsten Braunkohlenrevieren durch die Maßnahmen der Reichsbergbauverwaltung für Süddeutschland. — Unverändert bleibt die Not in Baden. Sofern die Entente auf den erhöhten Forderungen besteht und die Konjunktur in der Metallindustrie anfällt, ist eine Entspannung der Lage nicht zu erwarten. Im Vergleich zur vorjährigen Anforderung mußte die monatliche Kohlenverköhrung an die Entente um das 3-fache erhöht werden. Nachdem der Metallarbeiterstreik Ende vergangener Woche beendet wurde, wird sich bei der guten Verköhrung der Metallindustrie die Kohlennot ganz empfindlich bemerkbar machen. Diese Industrie werden daher genötigt sein, teuren ausländischen Kohlen einzukaufen, um ihre Betriebe vor dem Stillstand zu bewahren. Die Schmelz- und Zementindustrie verköhrt Kohlen ungenügend. — Die Kohlenverköhrung für den Hausbedarf zeigt daselbst tröstliche Bild wie bei der Industrie, auch die Braunkohlenverköhrungen gingen stark zurück. Andererseits wurden ganz erhebliche Mengen Saar- und englischer Kohlen bezogen, was bei den teuren Preisen dieser Kohlen auch einen Rückschlag auf die schlechte Braunkohlenverköhrung zuläßt.

Zentrum und Staatsform

In einer Polemik gegen den deutschnationalen „Odenwälder“ äußert sich der „Badische Beobachter“ über das Verhältnis des Katholizismus zur Staatsform wie folgt: Der Odenwälder nenne uns auch nur einen Papst oder einen deutschen Bischof, der leidet, ein Katholik dürfe kein Republikaner sein! Die katholische Lehre über diese Frage ist schon seit bald 1900 Jahren, entschieden durch das Väterapostels Pontifical Brief an die Römer: „Nebst dem unterwerfen sich der oberweltlichen Gewalt, denn es gibt keine Gewalt, außer von Gott; die Gewalt aber, welche besteht, sind von Gott gesetzt. Wer demnach sich gegen die oberweltliche Gewalt widersetzt, widersetzt sich der Anordnung Gottes.“ Römer 13, 1, 2. Der Apostel macht keine Unterscheidung zwischen Republik oder Monarchie; beide sind Träger einer Gewalt, die auf Gott zurückgeht und darum um Gottes Willen Gehorsam im Gewissen fordert. Wäre es darum ein Verbrechen, sich mit Gewalt gegen den monarchischen Träger der Staatsgewalt anzulehnen, so ist es heute nicht minder verwerflich, durch Gegenrevolution die Wiedererrichtung der Monarchie zu erwirken.

Wenn dies allgemeine Anschauung des Katholizismus ist, dann dürfen wir ja die Katholiken als gute Republikaner ansehen. Ob dies auch für die prominenten Persönlichkeiten des bayerischen Katholizismus gilt? Vielleicht beherzigen sie, was das führende Zentrumblatt Badens daran anschießend schreibt: „Wenn gewisse Leute dem Volke einreden wollen: Die Monarchie würde uns aus diesen Sorgen befreien, so kann vor solchem Gerede nicht eindrucklich genug gewarnt werden. Auch möchte man hoffen, daß die ehemaligen deutschen Fürsten durch Herrscher sich nicht täuschen lassen über die wahre Lage in Deutschland.“

Öffentliche Verammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten

Echt am gestrigen Abend fand im „Volkshaus“ eine öffentliche Verammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsinvaliden und Kriegsinvaliden (Bezirksverband Karlsruhe) statt. Der Vorsitzende wies einleitend vor den öffentlich vertretenden Kriegsinvaliden darauf hin, daß leider die öffentliche Meinung durch teils unbegründete Beschuldigungen, die aller Verantwortlichkeit nach alle von einer Stelle kommen, über die Rentenverköhrung und durch die Forderung bedingten Zuerkennungszustände zu Ungunsten der Kriegsinvaliden verzerren wird. Er sagte weiter, daß es genau so wie mit der gänzlich unzureichenden Rentenverköhrung mit der Kapitalbindung steht.

Hierauf erteilte er dem Referenten des Abends, Herrn Landesvorsitzenden Maxime (Berlin), das Wort zu seinem Referat über „Die Rentenverköhrung der Kriegsinvaliden in der Zukunft und die derzeitigen Zuerkennungszustände“.

Der Referent entwickelte ungefähr folgende Gedanken: Die Rentenverköhrung der Kriegsinvaliden ist eines der größten Probleme, die der Krieg gelöst hat. Als die ersten Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen, zu Anfang des Krieges in Reichsangelegenheiten traten, wurde die Überlegung des früheren Verköhrungsgesetzes nicht. Jeder befriedigte das neue Gesetz wieder angewandt werden soll. Am Mai 1920 wurde es festgesetzt. Seit dieser Zeit geht auch der Kampf um die richtige Anwendung. Neuerdings sollen arbeitsfähige Kriegsbeschädigte und Witwen in ihren Renten bedeutend gekürzt werden. Die Zuerkennung macht sich seit einem halben Jahre besonders stark bemerkbar. Staat, Gemeinde und jede einzelne Familie leiden schwer darunter; ganz besonders aber die Kinderbewahranstalten, und dazu gehören die Kriegsinvaliden, bedürfen aller Anstrengungen, um sich noch halten zu können. Es ist einfach eine soziale Pflicht des Reichsbundes gegenüber den Kriegsinvaliden, ihnen auch bei dieser noch täglich ansteigenden Zuerkennung tatkräftig zu helfen. Dies haben die Kriegsinvaliden in der Tat des Vaterlandes. Die Behörden müssen der veränderten Wirtschaftslage angepasst werden. Die Verköhrungsämter sind der Ansicht, daß nur ein Teil der Kriegsbeschädigten die Zuerkennungszustände benötigen. Der Reichsbund

Parteimitglied und Parteiblatt

Es ist eine auf den verschiedensten Parteitagungen ausgesprochene und im Parteistatut niedergelegte Pflicht, daß jedes Mitglied für die Ausbreitung der Parteipresse tätig ist. Vor allem natürlich muß der Genosse selbst auf die Parteipresse abzielen. Vor der Revolution hatte man sich seinen Sozialdemokraten denken können, dem das Halten der eigenen Presse nicht eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre. Die Staatsumwälzung in Deutschland brachte jedoch ein so sprunghaftes Anwachsen der Mitgliederzahl, daß es nicht überall gleich möglich war, jeden Kreisgenossen so reichlich in den Parteipressen einzuführen, wie das in Zeiten stetiger und mächtiger Entwicklung der Fall ist. Vieles ist allerdings bereits nachgeholt.

Trotzdem gibt es noch eine Anzahl von Genossen, die ihrem Gefühl und Empfinden nach übergenügend Sozialdemokraten zu sein glauben, es aber nicht für notwendig halten, die Parteipresse zu lesen. Teilweise genügt ihnen eine kleine Abzählung in der Zustellung der Zeitung oder eine Gehörigung des Parteipreises, um sie abzugeben. Oder aber sie lesen aus Gewohnheit nach wie vor eine bürgerliche Zeitung, nur, weil diese schon zu Großvaters Zeiten in der Familie gelesen wurde. Wenn erst einmal alle Genossen klar geworden ist, daß die Parteipresse ein unerschöpfliches Fundus ist, das die Parteipresse zu den unerschöpflichsten Fundus ist, dann wird auch dem letzten Genossen zum Bewußtsein kommen, welche unentbehrliche Waffe das Parteiblatt im Kampfe der Arbeiterklasse ist.

Wer zu Macht und Einfluß gelangen will, schafft sich eine gute Presse. Das beweisen uns am deutlichsten die Gegner. Das Kapital verfährt, durch Aufkauf in seinen Diensten zu stellen. Die Arbeiterklasse wird das Ziel ihres Kampfes um so schneller erreichen, je ausgedehnter der Leserkreis ihrer Zeitungen ist.

erkennt an, daß das Reich in schwerer finanzieller Kalamität steht, sieht aber nicht ein, warum beim Sparen immer mit dem angefangen werden muß, die schon nichts besitzen. Weiterhin vertritt der Bund die Ansicht, daß alle Kriegsinvaliden, die durch den Krieg ihre Familien für den Haushalt einer vierköpfigen Familie an, um dann wieder die Rente eines Kriegsinvaliden mit gleichen familiären Verhältnissen gegenüberzustellen, und dadurch zu zeigen, daß mit der Rente ein solches Leben nicht mehr zu führen ist, sondern nur ein Leben der Armut. Der Bund ist auch an dem Reichsbergsbauamt heranzutreten und verlangt, daß man den Kohlenbeschädigten wenigstens das untere Beamtensgehalt als Lohn ausbezahlt soll, wodurch diese dauernd auf fremde Hilfe angewiesen werden und Lebensfähigkeit haben. Bis heute konnte das Reichsbergsbauamt noch nicht angeben, wieviel eigentlich die gesamte Kriegsinvaliden-Verköhrung kostet. Man verfährt jetzt gegen die Erhöhung damit Sturm laufen zu können, indem man sagt, eine Verdoppelung der Renten würde 7 Milliarden für das Reich ausmachen. Wenn man berücksichtigt, daß allein manche Fürsorgeämter mit ihrem großen Beamtensapparat zwei Fünftel der Summen verköhren, so ist unsere Kritik berechtigt. Kohlenbeschädigte erhält jetzt monatlich 90 M., ausschließlich Kinder- und Feuerungszulage; eine erwerbsunfähige Kriegsinvalide bekommt monatlich 60 M., kein Reich wird besprochen wollen, daß man damit leben kann. Die Beamtens-Kinder erhalten mehr Zulage als eine Volkswaise zu ihrem Lebensunterhalt. Am 14. d. M. tritt der 19. Ausschuß des Reichstags wieder zusammen. Die dabei herauskommende Regelung wird ja nicht allen unseren Wünschen entsprechen, aber wir hoffen, daß das soziale Gewissen der Abgeordneten den sozialen Geist mit in die Regelung hineinträgt, daß man den dem Material befriedigt ist. Die Kriegsinvaliden müssen alle notwendigen Mittel gebrauchen, um sich ihren Wünschen näher zu bringen.

In der nachfolgenden Diskussion gab es manch unangebrachte, in seiner Weise den Kriegsbeschädigten dienenden Ausfälle gegenüber der Sozialdemokratie und ihren Führern in kommunal- und Staatsämtern.

Eine Resolution, die sich mit den vom Referenten erhobenen Forderungen der Kriegsinvaliden einverstanden erklärt, fand Annahme.

Der Verlauf der gestrigen Verammlung der Kriegsbeschädigten veranlaßt mich zu folgenden Bemerkungen: Um die Wünsche und Forderungen der Kriegsinvaliden kennen zu lernen, die aus der gegenwärtigen Not der Zeit und der Lage der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen entstanden sind, habe ich der an mich ergangenen schriftlichen Einladung gern Folge geleistet, trotz dringender anderweitiger Verpflichtungen. Kommt man dem Referenten, Herrn Marote aus Berlin, im allgemeinen zustimmen, soweit er die unbestreitbar vorhandene Notlage leider so vieler Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen schildert, so befremdet lebhaft die oberflächliche, über den Kern hinweggehende und von Objektivität zeugende Art, wie Herr Marote ganz allgemein, und ohne die einfach gebotenen Unterscheidungen des Reichstags Mitglieder des 19. Ausschusses des Reichstags behandelte.

Nachdem schon der Referent, offenbar weil es so leicht und billig ist, einfach die Tätigkeit aller Mitglieder des 19. Ausschusses der Entrüftung der Zuhörer aussetzte, war es kein Wunder, daß dann die ersten Diskussionsredner beglückt in die gleiche Kerbe hauen. Ich hatte mich ebenfalls zum Wort gemeldet, um den versammelten Kriegsbeschädigten ein naturgetreues Bild über den Gang und den Charakter der Verhandlungen über ihre Forderungen im Reichstags zu geben, und um ihnen zu zeigen, wo die Schwierigkeiten und Hemmnisse liegen, daß ihren Forderungen weder in der gemündeten Redeheit noch in dem gewünschten Umfang Rechnung getragen worden ist.

Als ich aber erleben mußte, daß der zweite Diskussionsredner (zum Teil auch schon der erste) sich in der unzulässigsten Weise gegen die Sozialdemokratie und besonders gegen unsere Genossen wandte, die in kommunalen und Regierungsämtern ihre Pflicht zu erfüllen sich bemühen, und als dann gar die Weisheit der Verammlung diesen unwahren Anpreisungen demonstrierend Beifall spendete, veränderte ich natürlich darauf, vor einer solchen Verammlungsmehrheit eine sachliche Debatte pflegen zu wollen. Ich verließ den Saal, den ich betreten hatte in der Absicht, mit den Kriegsbeschädigten erstlich über die Wege zur Befreiung ihrer Lage zu beraten. Auch diese Verammlung kann mich natürlich nicht einen Augenblick wandern machen in der gebotenen Pflichterfüllung, als Abgeordneter nach Kräften für die vielen und berechtigten Wünsche der Kriegsinvaliden in Zukunft einzutreten, aber erhoben die Verammlungsmehrheit nicht. Die Parteien der Reaktion, die vornehmlich bisher das getan haben, das der Referent fälschlicherweise allen Parteien unterzöhen hat, werden sich über solche Verammlungen von ihrem Standpunkt aus freuen. Es wird im übrigen die politisch organisierte Arbeiterklasse inter-

offieren, zu erfahren, daß der zweite Diskussionsredner demonstrierend Beifall bei der Mehrheit der Verammlung fand, als er die Sozialdemokratie angriff und sich eifrig als Parteipresse bekannte. Und der eine Teil des Referats des Herrn Marote hat mich über Klagen, die ich von Parlaments- und Fraktionskollegen öfters zu hören bekam, genügend aufgeklärt. Georg Schäpflin.

Aus der Partei

5. Bad. Landtagswahlkreis, Agitationsbezirk Karlsruhe Der Kreisvorstand beschloß in seiner Sitzung vom 28. Mai, auf Sonntag, 11. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, in die Restauration zum „Anschhorn“, Süßenstraße 58, Karlsruhe, eine Kreis-Konferenz einzuberufen.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, a) Stand der Organisation, b) Beitragsfrage. 2. Die bevorstehenden Gemeindevahlen. 3. Wahl der Delegierten zum Deutschen Parteitag in Augsburg. 4. Wahl des Kreisvorstandes.

Die Konferenz wird auch zu den deutschnationalen Treibeirern, die zu dem Aktentat auf den Gen. Scheidemann führten, Stellung nehmen.

Wir erziehen die Vereinsleitungen, die Stellungnahme der Mitglieder hierzu zu veranlassen und die Delegierten wählen zu lassen. Die Entsendung von Delegierten hat zu erfolgen nach § 9 des Organisationsstatuts. Entsenden können: Ortsvereine bis 100 Mitglieder 1 Vertreter, bis 300 Mitglieder 2, bis 600 3, bis 1000 5, und für je weitere 1000 Mitglieder 1 Vertreter.

Diese Konferenz ist äußerst wichtig und wir erwarten daher, daß jede Mitgliedschaft vertreten ist.

Die Kreisleitung, J. A. O. Trinks.

4. Landtagswahlkreis — Agitationsbezirk Offenburg Der Kreisvorstand beschloß in seiner am 30. Mai stattgefundenen Sitzung, auf 18. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Wandinger“, Gerberstraße in Offenburg, eine

Kreis-Konferenz

einuberufen. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, a) Stand der Organisation, b) Beitragsfrage; 2. Die bevorstehenden Gemeindevahlen; 3. Stellungnahme zum Deutschen Parteitag und Wahl des Delegierten.

Die Vereinsleitungen werden dringend ersucht, in ihren Mitgliederversammlungen Stellung zu der Tagesordnung zu nehmen und entsprechend dem Organisationsstatut Delegierte zu entsenden. Keine Mitgliedschaft sollte auf der äußerst wichtigen Konferenz fehlen.

Die Kreisleitung, J. A. J. Winter.

Gemeindepolitik

Sozialdemokratie und preussische Städteordnung Auf dem in Goslar abgehaltenen preussischen Städtetag lehrte die Sozialdemokratie den Entwurf zur preussischen Städteordnung ab. Eine Resolution, die von der sozialdemokratischen Fraktion des preuss. Städtetages eingebracht wurde, gibt über die Stellung der Sozialdemokratie Auskunft. Darin heißt es:

Der preussische Städtetag hält die Zusammenfassung des gesamten Gemeindeverfassungsrechtes für ganz Deutschland für richtig. Der vorliegende Entwurf entspricht aber nicht den berechtigten Erwartungen des preussischen Volkes. Als Beginn einer Reform der inneren Verwaltung Preussens im Sinne einer Demokratisierung, wie sie durch die Reichs- und Landesverfassung angebahnt wurde, kann er nicht angesehen werden. Würde dieser Entwurf Gesetz, so wird die Schaffung von dem das Verantwortlichkeitsgefühl der örtlichen Volksvertretungen aufs schwerste beeinträchtigt.

Grundföhrlich ist eine einheitliche Regelung des gesamten Gemeindeverfassungsrechtes für das ganze Deutsche Reich anzustreben. Solange dies nicht bewirkt ist, ist nicht der preussische Städtetag an das preussische Staatsministerium zu dringende Ersuchen, im Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der insbesondere folgende Grundföhrungen enthält:

Einheitliche Regelung des Selbstverwaltungsrechtes für Stadt und Land, zusammengefaßt in einem Gesetz; Einföhrung als Ausdruck des auf demokratischem Wege vermittelnden Willens der Bürgerschaft, also weder Magistrats- noch Bürgermeistereiorganisation, dementsprechend Wahl der Leitung der Gemeindevertreter-Versammlung durch diese selbst.

Das ausführende Organ der Gemeindevertreterversammlung ist der Gemeindevorstand (Bürgermeister, Stadträte, Weigeordnete, Senatoren usw.) in kollegialer Zusammenfassung. Keine Befugnis der Selbstverwaltung, deshalb Einarriff des Staates bei Verletzung von Gesetzen, Beseitigung des Bestätigungsrechtes.

Die Selbstverwaltung der Gemeinde erfordert eine gesunde kommunale Finanzwirtschaft, die nicht nur in ausreichendem Maße auf dem Reichs- bzw. landesstaatlichen Steuerertrögen bestehen kann, sondern auch aus eigenen Steuerquellen. Wöhrige Entscheidung für die Ausföhrungs- und Auftragsangelegenheiten.

Unbefristetes gesetzlich begründetes Recht zur Uebernahme und Föhrung von Unternehmungen, die dem gemeinen Wohl der Bevölkerung dienen.

In Uebereinstimmung mit den Grundföhrungen der Selbstverwaltung der Gemeinde ist die Verwaltung der Kreise, der Provinzen, der Verwaltungsgerichte, und Verwaltungsbehörden des Staates unter unmittelbarer Beteiligung des Volkes neu zu gestalten. Der preussische Städtetag verlangt daher schleunige Vorlegung auch dieser Gesetze.

Das „Reichsmietengesetz“ ist für den Laien fast unverständlich. Es ist daher zu befröhen, daß von berufener und maßgebender Stelle eine kurze gemeinverständliche Darstellung der gesetzlichen Bestimmungen auf den Markt gekommen ist, die dazu bestimmt ist, Vermietern und Mietern, sowie allen Stellen, die bei der Durchföhrung des Reichsmietengesetzes mitwirken haben, das Verständnis des Gesetzes zu erleichtern. Den Führer unter dem Titel „Was bringt das Reichsmietengesetz“ hat auf Anregung von Hausbesitzer- und Mietervereinen Regierungsrat Dr. C. B. E. im Reichsarbeitsministerium geschrieben; er ist im Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8, zum Preise von 6 M. erschienen.

Freiburg, 6. Juni. Einen rüchständigen, genossenschaftsfeindlichen Standpunkt nahm die Mehrheit des Stadtrats Freiburg in seiner letzten Sitzung ein. Der Lebensbedürfnisverein hatte sich mit dem Ersuchen an den Stadtrat gewendet, dem Verein die von der Militärbehörde an die Stadt zurückgegebene Proviantamtsbäckerei pachtweise zu überlassen. Zur Erweiterung seines genossenschaftlichen Vödrerunternehmens hätte der Lebensbedürfnisverein die freigewordenen Räume der ehemaligen Militärbäckerei dringend bedürft, da zur ausreichenden Vödrerföhrung der Mitglieder die bisherige Bäckerei sich als zu klein erwies. Trotz dieses begründeten Anspruchs hat die Mehrheit des Stadtrats aus Rücksicht auf die Freiburger Vödrermeister das Gesetz abschlägig beschieden und die Proviantamtsbäckerei an eine private Firma in Pacht gegeben, welche darin die Fabrikation von Vödrerle betreiben will.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 8. Juni

Geschichtskalender

8. Juni. 1685 † Der Astronom Christian Huygens im Haag. — 1781 † George Stephenson, Begründer des Eisenbahnwesens, in Wharfedale. — 1794 † Der Dichter Gottfried August Bürger in Göttingen.

Karlsruher Parteinachrichten

Genossinnen, vergeßt die heutige Frauenversammlung nicht! Es sei hiermit nochmals auf die heute abend 8 Uhr in der „Goldenen Krone“ stattfindende Generalsammlung der Frauenaktion des sozialdemokratischen Vereins hingewiesen. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Vortrag des Genossen G. Schwert über: „Die Wohlfahrtsfrage in ihrer praktischen Anwendung.“ 3. Wahl des Vorstandes. Genossinnen erscheint vollständig, auch die Genossen haben Zutritt.

Ein Beispiel, wie bei der Unterschriftenammlung für die kath. Elternvereinigungen vorgegangen wird

In zwei Artikeln haben wir letzte Woche auf die Bestrebungen des Zentrums zur Gründung des badischen Schulfriedens und der damit Hand in Hand gehenden Gründung von katholischen Elternvereinigungen hingewiesen. Wer das Zentrum kennt, der weiß, daß es ernst macht mit all seinen Plänen. Obwohl erst der Dreifaltigkeitssonntag für die Aktion in Aussicht genommen worden ist, wurde im Vorort Ruppurr schon am Freitagabend mit der Unterschriftenammlung angefangen. In echter Zentrumsmanier wurde dabei vorgegangen. Zur Begründung des Vorgehens der kath. Kirche, d. h. des Zentrums führte die mit der Unterschriftenammlung beauftragte Frau an, daß Bestrebungen im Gange seien, die Religion aus der Schule hinauszudrängen. Daß mit einer solchen Vorgehensweise manche Eltern gefordert werden, weiß das Zentrum und deshalb geht es auch auf diese Art vor, es liegt Evidenz darin. Wie es sich in Wirklichkeit mit der Sache verhält, beweisen am besten die Erklärungen der Parteien, auch der sozialdemokratischen, im Landtag für die Erhaltung der Simultanschule, in der bekanntlich Religion Pflichtfach ist. Aber das Zentrum will eben die reinen Konfessionschulen, trotzdem Herr Dr. Schöfer im Landtag erklärte: „Wir haben heute anderes zu tun, als uns mit Schulstreifen die Haare zu zerren.“ Aber trotzdem wird nachgefragt, wie es sich mit den Zentrumsforderungen nicht so folgen, sondern nach wie vor für die Simultanschule und für den Schulfrieden einguteten und die Unterschriften zu verweigern.

Die Kirchenpreise

haben erfreulicherweise eine Verabstärkung erfahren, aber sie sind immer noch viel zu hoch. Trotzdem die ersten Früchte meistens nicht so süß munden, wie die der Haupternte, sind sie dafür aber geiziger im Preis. Wenn man nach dem Eindeubod der zu hohen Preise sucht und bei den verschiedenen am Kirchenhandel beteiligten Instanzen anfragt, so beteuern alle ihre Unschuld, vom Erzeuger bis zum Kleinhändler. Keiner will an den zu hohen Preisen schuld sein. Würde aber diese Unschuld ihre Richtigkeit haben, so könnten wir bedeutend billiger die Kirchen einkaufen und unsere armen Kleinen mit der so notwendigen Frucht beglücken. Ohne auf die Schuldfrage einzugehen, darf gesagt werden, daß schon der Erzeugerpreis zu hoch ist. Jedoch sind daran nicht allein die glücklichen Besitzer der Kirchhöfe schuld, sondern auch diejenigen, denen kein Preis für die Kirchen zu hoch ist und den Erzeugern neben guten Worten noch mehr bezahlen, wie sie verlangen. Aber es scheint auch noch andere Kreisreiter zu geben, denn wie uns berichtet wird, wurde letzte Woche, also just zu der Zeit, wo in Karlsruhe noch 12—14 M für ein Pfund Kirchen an Ort und Stelle sind, um im Kleinen verkauft zu werden, kommt natürlich noch mancherlei an Fracht, Spesen, Abgaben u. dgl. dazu, aber dennoch scheint uns die Spannung zwischen Erzeuger- und Kleinverkaufspreis zu groß zu sein. Auch der heutige Preis von 7—11 M, wie er auf den hiesigen Märkten bezahlt werden mußte, ist noch viel zu hoch, als daß er von der milderbetimmten Bevölkerung erzwungen werden könnte. Nicht einmal so recht zu einem Versuch könnte man es wagen, geschweige denn zu einem größeren Quantum. Wenn die Preise in dieser Höhe bleiben wie jetzt, so werden die Kirchen nur ein Imbiss für die begüterte Klasse, ob nun in Natura genossen oder auf dem Umwege über den Schnapskessel in Form von Kirchenwasser. Aber so will es eine herrliche kapitalistische Wirtschaftsordnung und die damit verbundene teuflische Geldgier!

□ Aus Ruitheim wird uns geschrieben: „Was wird zur Zeit in der badischen Parteischule gelehrt?“ ist das Motto eines Artikels in der kommunistischen Arbeiterzeitung (früher Parteifrage), um in unserem Vorort Ruitheim Genossen und Stimmung für die kommunistische Partei zu machen. Das Blattchen behauptet, Herr Hauptlehrer Brückle würde seinen Schülern der 6. Klasse ein Gedicht einblissen, in dem der ehemalige Kaiser als Held um verherrlicht würde. Dieses Blatt nimmt für sich dann noch die hiesige Arbeiterschaft in Anspruch, als wenn hier alle Arbeiter bei der kommunistischen Partei wären. In weiteren Zeilen empfiehlt die Moskauerin wiederum einige Mehrheitssozialisten an. Sie behauptet, daß der Mehrheitssozialist Seller, der gute Beziehungen zum Volksfreund habe und Vorkämpfer des Herrn Schöpf sei, schon längere Zeit davon gewußt hätte, aber es hätte ihm nicht geillt, gegen die Sache einzuschreiten. Anscheinend verbrauchte er seinen ganzen Verstand gegen die Kommunisten, aber gegen die Vorzüge der Reaktion in der Volksschule hätte er nichts übrig. Es tut mir unendlich leid, den kostspieligen Raum meines Parteiblattes beanspruchen zu müssen, um mich gegen diese Sorte von Leuten zu wenden, aber um Irrtümer zu vermeiden, möchte ich diese Schaumbläse der Ruitheimblätter richtigstellen. Es ist eine unwahre Behauptung, wenn Herrn Brückle vorgeworfen wird, er hätte dieses Gedicht eingedrillt, sondern wahr ist, daß er seine Schüler auf die in Betracht kommende Strafrecht aufmerklich machte, daß diese nicht gelesen wird und hat das Wie und Warum zur Genüge erklärt. Es ist deshalb niemand ein Vorwurf zu machen, man hätte höchstens bei der zuständigen Kommission reklamieren können über den so langen Ausbleib der neuen Ausgabe des Parteiblattes. Dem famosen Gewährsmann der „A.“ möchte ich nur sagen, sich selbst von der Sache zu überzeugen, aber es scheint, daß er den Weg eines feigen annehmen dieses für den besseren hielt. Wenn nun das Blatt glaubt, bei jeder Gelegenheit Parteigenossen hineinzerren zu müssen, um Erfolge zu erzielen, so möchte ich der Redaktion der „A.“ aber auch verraten, daß die hiesige Arbeiterschaft nicht auf jeden Quatsch und Lachhohn hereinkommt. Das überläßt sie den sog. Kommunisten. Ein Einschreiten meinerseits war nicht notwendig, denn auf Rügen und Verleumdungen bin ich nicht eingedrillt, da ich die Wahrheit liebe. Der Sachverhalt liegt nämlich so, wie ich ihn in den obigen Zeilen schon anführte. Den „Badische Presse“ und „Tagblatt“ Kommunisten möchte ich aber raten, sich einmal der hiesigen Arbeiterschaft vorzustellen, damit man weiß, an wen man sich bei zu erlegenden Arbeiten wenden kann. Oder scheuen sie das Tageslicht? Daß Bierpolitik bei vielen von ihnen für die beste gehalten wird, ist ja bekannt. Dies zu meiner Richtigstellung und Erwidrerung. Gust. Heller.

haben ebenfalls sofortige materielle und finanzielle Unterstützung zugesagt, sobald die Fertigstellung des Projektes ziemlich sicher gestellt ist. Es wurde eine Kommission bestimmt, welche die weiteren Vorarbeiten in die Hand zu nehmen hat. Eine endgültige Beschlußfassung wird auf der demnächst stattfindenden Landeskonferenz der freien Gewerkschaften Badens erfolgen. Wir sind fest davon überzeugt, daß der Schritt des Landesauschusses gemäß überall freudigen Widerhall finden wird und die Unterstützung der freien Gewerkschaften Badens sicher sein darf. Eine Besprechung der Ferienheimfrage in den Versammlungen der in Betracht kommenden Organisationen ist sehr zu empfehlen. Auf aus Werk! muß nun die Lösung sein. Am Anfang war die Lot!

Die Polizeistunde. Das Ministerium des Innern hat den Bezirksämtern anheim gegeben, an allen Orten, in denen ein dringendes Bedürfnis dafür besteht, für die Sommermonate die Polizeistunde durch ortspolizeiliche Vorschriften für sämtliche Tage der Woche auf 12 Uhr nachts festzusetzen.

Von der Messe. Auch die Frühjahrsmesse ist reichlich besucht und lockt jeden Abend tausende von Menschen an. Unzweifelhaft ist Schützels Marionettentheater der Mittelpunkt vieler. Ein überfülltes Haus erreicht sich der Kunst des alten Weisker, der seine Nadelstiche mit weinerlicher Stimme unterstützt. Herr Konferencier erscheint und verliert sich in einleitenden Worten vor jeder Varieté-Nummer mit gewaltigem Gese und Jodeln die geübten Herrschaften. Ruhig tanzt Fräulein Mariette auf dem Drahtseil und findet mit ihrer Kunst Beifall, das Gleite führt einen gauzigen Loitentanz auf, lustig und allerliebst ist die Hundebretter, nicht minder talentlos geben zwei ein Konzert, dem Tanz huldigen zwei Herren und ein Mädchen, ein kleines Reigenchen übt sich in seiner Kunst usw. usw. Es ist ja soviel Hochwertiges zu sehen, daß ein Aufzählen gänzlich unmöglich erscheint. Vor lauter Bewundern und Staunen vergißt man, den Blick den sehr zahlreichen draußen stehenden Gästen zu räumen. Jeder Weisker muß dieses einzigartige Schauspiel gesehen haben. Nicht minder sehenswert ist auch, das Mädchen mit der Elefantenhaut. Es ist ein kleines Mädchen, gänzlich mit Hornhaut bedeckt, die naturgemäß beim Reinsitzen eine normale körperliche Entwicklung verhindern muß, das erzieht der 2 von deutschen Eltern in Indien gezogene Kind (ihre Gesandter sind alle normal), durch Gelehrte als ein unerklärliches Naturwunder anerkannt. Dortselbst zeigt sich auch ein jugendlicher Riese, ein Ölpresse, mit 240 Meter. 20 Jahre ist er alt, kann also noch wachsen. Der Abnormitäten sehen will, begehrt dieses Unternehmen. Schir.

Stadtparkkonzert. Der Musikverein „Karlsruhe“ hat für das Stadtparkkonzert am kommenden Freitag einen „Opernabend“ angelegt. In der Vortragfolge kommen Werke von Meyerbeer, Wagner, Vorberg usw. zur Aufführung.

Einem Diebstahl erlitt gestern nachmittag eine auf der hiesigen Messe beschäftigte Verkäuferin von hier. Sie wurde in bezugslosem Zustande mittels Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht.

Unfall. Auf dem Meckelpf erhielt gestern abend ein Arbeiter auf einem Kettenkarren auf dem Karussell hängend herumgeschleudert wurde, einen so heftigen Schlag mit dem Fuß auf den Magen, daß er bewusstlos liegen blieb und mittels Krankenautos ins städt. Krankenhaus verbracht werden mußte. p. Bestgenommen wurden: 19 Händler und 1 Händler wegen unerlaubten Handels und Verletzung der Ausländermeldebestimmungen.

Valuta-Bericht vom 7. Juni

Die Marz notierte heute in der Schweiz circa 1.78% Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 113.00 per holl. Gulden. Schweiz notierte etwa 55.20 per schw. Fr. England notierte etwa 197.7 M per Pfund Sterling. Frankreich notierte etwa 26.30 M per frz. Fr. Neupost notierte etwa 287.38 M per Doll.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 8. Juni

Voraussetzliche Witterung: Noch ziemlich heiter, mäßig warm, nur zeitweise wolke, einzelne Gewitter und trübende Regen.

Wassersstand des Rheins

Schaffhausen 800, gef. 1; Reil 377, gef. 3; Magen 570, gef. 2; Mannheim 482, gef. 6; Konstanz 464 Zentimeter.

Arbeiter-Ferienheime in Baden

Dank der guten gewerkschaftlichen Organisation der deutschen Arbeiterchaft und Angestellten war es möglich, die Arbeiter-Ferienheime abzurufen und dieselben tariflich festzusetzen. Wenn auch die Dauer des Urlaubs noch viel zu wünschen übrig läßt, indem er meistens zu kurz ist, so wurde doch der Anfang gemacht, sodaß sich die übergroße Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen der Ferien erfreuen kann. Ein weiterer Ausbau, d. h. Verlagerung ist dringend erforderlich, wenn wirklich eine Erholung herauskommen soll. Heute haben also viele Arbeiter und Angestellten ihre Ferien, zum Teil sogar einige Wochen. Aber wie und wo sollen die Ferien verbracht werden?

Das ist die dringende Sorge, die in den Ferienbegehren manchen Arbeiter und Angestellten liegt und sogar Verbitterung hervorruft. Bei den meisten Arbeitern und Angestellten besteht der Wunsch, die Ferien nicht am Wohnort zu verbringen, sondern draußen in einer anderen Gegend, in mürziger, frischer und gesundlicher Luft. Aber die heutige teure Zeit macht all diese herkömmlichen Wünsche, deren Erfüllung eigentlich erst der 3. oder 4. der Ferien verwirklicht werden würde, unmöglich. In den Gewerkschaften selbst der entlegensten Schwarzwalddörfer, müssen ja dieses Jahr bereits hohe Preise für Verpflegung und Lebensmitteln bezahlt werden, daß es der Arbeiter und Angestellten einfach unmöglich ist, ihre Ferien dort verbringen zu können. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß der Landesauschuss der freien Gewerkschaften Badens diesem Wunsch nicht tatenlos zusieht, sondern sich mit dem Gedanken beschäftigt, durch Errichtung von Arbeiter-Ferienheimen diesen Mangel abzuheben und damit den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit zu geben, gute Gelegenheiten zur nutzbringenden Verbringung der Ferien zu haben. Bekanntlich haben die Beamten mit ihren Erholungsheimen gute Erfahrungen gemacht.

Der Landesauschuss Baden der freien Gewerkschaften hat letzte Woche zu einer Besprechung des von ihm geplanten Projektes nach Karlsruhe eingeladen, der sich Vertreter der freien Gewerkschaften aus verschiedenen Gegenden Badens, des Verbandes süddeutscher Konsumvereine, der Zentralkommission für Sport und Körperpflege und des Verbandes Volksgesundheit eingeladen hatten. Der Sekretär des Landesauschusses, Landtagsabg. Stod, referierte kurz über die Notwendigkeit der Errichtung von Ferienheimen für Arbeiter und Angestellte, machte die Anforderungen mit dem geplanten Projekt bekannt und betonte, daß das Unternehmen kein gewinnbringendes sein darf, sondern ein gemeinnütziges. Die billigen Preise für Lebensmitteln und Verpflegung müssen der Beifall des Unternehmens sein. Der vorgelegte Satzungsentwurf, der die genossenschaftliche Form des Unternehmens vorsieht und sich nur Arbeiterchaften (freie Gewerkschaften, Konsumvereine usw.) als Mitglieder aufnehmen lassen können, wurde gutgeheißen. Sämtliche Vertreter der eingeladenen Arbeiterchaften beglückwünschten den Schritt des Landesauschusses und versprachen die tatkräftigste Mithilfe ihrer Organisationen. Erfreulich war die Mitteilung, daß eine Gewerkschaft in Karlsruhe schon mehrere hunderttausend Mark für die Errichtung der Ferienheime zur Verfügung stellt, andere Gewerkschaften

haben ebenfalls sofortige materielle und finanzielle Unterstützung zugesagt, sobald die Fertigstellung des Projektes ziemlich sicher gestellt ist. Es wurde eine Kommission bestimmt, welche die weiteren Vorarbeiten in die Hand zu nehmen hat. Eine endgültige Beschlußfassung wird auf der demnächst stattfindenden Landeskonferenz der freien Gewerkschaften Badens erfolgen. Wir sind fest davon überzeugt, daß der Schritt des Landesauschusses gemäß überall freudigen Widerhall finden wird und die Unterstützung der freien Gewerkschaften Badens sicher sein darf. Eine Besprechung der Ferienheimfrage in den Versammlungen der in Betracht kommenden Organisationen ist sehr zu empfehlen. Auf aus Werk! muß nun die Lösung sein. Am Anfang war die Lot!

Kleine badische Chronik

Gagfeld. An dem von der Karlsruher Arbeiter-Gesellschaft Karlsruhe veranstalteten Internationalen Beitzfest beteiligte sich auch der hiesige Arbeiter-Kraftsportverein. In der kurzen Zeit seines Bestehens zeigte es sich, daß auch in der Arbeiter-Gesellschaft Gagfeld sehr tüchtige Kräfte vorhanden sind. Als Beweis gilt das Resultat vom Beitzfest, das für die Gagfelder Teilnehmer folgendes ist: Wölfe Adolf (Stemmen, Federgewicht) an 9. Stelle, Kolmer Julius (Stemmen, Federgewicht) an 10. Stelle, Reeb Julius (Stemmen, Federgewicht) an 16. Stelle. Wir gratulieren dem jungen Verein zu seinen Erfolgen. Der Arbeiterklub von Gagfeld wird deshalb immer wieder zugerechnet werden: heraus aus den bürgerlichen Vereinen und schließt sich den Arbeitervereinen an, sagt auch los von eurem heimtücklichen Standpunkt und stellt euch in die Reihen eurer Kameraden. S. G.

Forsheim, 7. Juni. Begehrter überfielen am ersten Pfingstfeiertag in der Nähe der Straße Sohl-Keufelsmühle einen etwa 20jährigen Ausflügler aus Raubronn, wohnhaft in Forsheim, und beraubten ihn seines ganzen Besitzes. Die Strafe, wahrscheinlich waren es drei, hielten den jungen Mann rechts und links fest, während ein dritter ihm ein Tuch mit einem Bindungsband vor das Gesicht drückte. Darauf knieten sie ihn und beraubten ihn. Er wurde in bewußtlosem Zustande aufgefunden und wäre sicherlich, wenn die Rettung eine Viertelstunde später gekommen wäre, erstickt gemessen. Die Räuber erkrankten circa 112 M., eine Uhr, einen goldenen Ring und andere Kleinigkeiten.

Reibelsberg, 7. Juni. Mutige Hochzeitsfeier. Wegen Raufschankung mußte am letzten Sonntag nachts eine Hochzeitsgesellschaft in der Altstadt (Hilfengasse) von Polizeibeamten zur Ruhe vertrieben werden. Die raufschankenden Gäste achteten auf die Ermahnungen der Polizeibeamten jedoch nicht, sondern fielen über diese her, wobei ein Polizeibeamter eine unbedeutende Stich- und Hiebverletzung am Hinterkopf und zwei Hochzeitsgäste Kopf- und Gesichtverletzungen davontrugen, so daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Ein weiterer Hochzeitsgast wurde in Polizeiarrest verbracht.

Der Dilsbacher Mordprozess wurde infolge des Gesundheitszustandes Dubers auf unbestimmte Zeit vertagt und dürfte kaum noch in dieser Schlußperiode zur Verhandlung kommen. Die Ehefrau des ermordeten Mörder wurde erneut in Haft genommen.

Der Tabakbau in Baden. Man schreibt uns: Es ist erreicht, die bürgerliche Einheitsfront hat gestiftet. Geschlossene standen im Landtag die Vertreter der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten, die für das Allgemeinwohl, für bessere Volksernährung und Volksgesundheit eintraten. Dabei behaupten immer wieder einige Sozialdemokraten, die Sozialdemokratie hätte keinen Gemeinfinn und würde rücksichtslos nur für die Interessen der Lohnarbeiter sich ins Zeug legen. Wir sind unterlegen, was sollen wir nun tun? Greift zur gegenseitig erlaubten Selbsthilfe, ruft ich den Genossen zu. Geht ihr das Rauchen sein, niemand und nichts kann euch dazu zwingen, wenn ihr feinen Willen habt, und laßt mit dem Rauchen ersparten Geld — es gibt bei manchen Raucher, namentlich Süddeutschen — gute und gesunde Nahrungsmittel, namentlich Obst für euch und eure Angehörigen, oder verwendet das Geld für Bücher und Parteitagungen, die für euch notwendig sind, sondern für die Wohlhabenden, die Amerika von den Indianern übernommen, und hat schon sehr vielen Rauchern und ihren Kindern Krankheiten und frühen Tod gebracht. Bei festem Willen kann sich jeder von dieser Leidenschaft befreien und braucht nicht zeitweilig ein Sklave des Tabaks zu sein! S. Wirt.

Schweres Automobilunfall

Dr. Lauba, 7. Juni. Auf der Landstraße zwischen Gerlachshausen und Königshausen ereignete sich am Freitagabend ein schweres Automobilunfall, durch das eine Person getötet und fünf verletzt wurden. Das Auto kam aus dem Maintal und wollte nach Rothensburg a. d. T. der Verkehr und Lenker des Autos, Kaufmann Schärer aus Frankfurt a. M., verlor infolge eines Bruches der Steuerhülse das Herrschaft über den Lenker und fiel in den linken Vorderrad der Straße. Das Auto fuhr mit aller Wucht über den Straßenrand und stieß an eine Grabenböschung. Das Fahrzeug wurde vollständig herumgedreht und die Insassen, sechs Personen (3 Herren und 3 Damen) herausgeschleudert. Fräulein Stauder wurde unter dem linken Vorderrad des Autos mit einbedrücktem Brustkorb übergezogen, sie verschied nach wenigen Augenblicken. Die übrigen 5 Insassen waren alle mehr oder minder schwer verletzt, am schwersten die Schwester der Toten, Frau Treffer. Die Verletzten wurden in das Landauer Hospital verbracht. Der Tod der 24jährigen Frä. Kronsch, welche die Tochter eines praktischen Arztes aus Hannover sein soll, ist besonders tragisch. Zwei Tage vor ihrem jähen Tode hatte sie ihre Verlobung gelehrt. Der Führer des Autos flüchtete schon etwa 16 Jahre Kraftwagen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten: Anna Maria, B. Gust. Weiß, Maler. Maria Olga, B. Carl Hammergerger, Eisenbahnschaffner. Gertrud Rosa, B. Carl Hammergerger, Eisenbahnschaffner. Kurt Hans, B. Hans Sauter, Schaufelrader. Luise, B. Adolf Lenhard, Eisenbahnschaffner. Josef Will, B. Adolf Wolfinger, städt. Arbeiter. Ernst Heinrich, B. Carl Meban, Buchbinder. Fernand Otto, B. Ernst Meismann, Antiquar. Elisabeth Maria Luise, B. Friedrich Mehlman, Maler. Josef Martin, B. Jul. Gaisler, Telegraph. Frieda, B. Carl Gallion, Masch.-Arbeiter. Todesfälle: Johann Hoffmann, Gartenbesitzer, Wittwer, alt 62 Jahre. Auguste Haaf, alt 87 Jahre, Witwe des Pfälzerers Frz. Haaf. Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Donnerstag, den 8. Juni, 3 Uhr: Johann Hoffmann, Gartenbesitzer, Schloßbezirk 12. — 4 Uhr: Auguste Haaf, Pfälzerers-Witwe, Luitensstr. 13.

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT EnameLine

Gewerkschaftliches

Arbeitsaufnahme bei Daimler in Untertürkheim

Die Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts im Untertürkheimer Werk der Daimler-Motoren-Gesellschaft wurden am Samstagabend zu Ende geführt.

Letzte Nachrichten

Wie die Polen gegen die Deutschen in Oberschlesien haufen

Berlin, 7. Juni. (Schwabell.) Die der „Kosakenzeit“ aus Breslau meldet, ist der polnische Terror in Oberschlesien nach den Pfingstferien erneut ausgebrochen.

Eine freundliche u. entgegenkommende Antwort des Reparationsausschusses an den Anleiheaussschuß

Berlin, 8. Juni. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Paris den Wortlaut der Antwort des Reparationsausschusses an den Anleiheaussschuß.

Deutschland notwendigen Bedingungen hindern könne, diejenige nicht ausgenommen, die sich mit einem Kredit im Ausland befassen.

Poincaré über Deutschlands Zahlungen und über die Anleiheverhandlungen

Paris, 8. Juni. (Agence Havas.) Im Senatsaussschuß für auswärtige Angelegenheiten sprach Ministerpräsident Poincaré die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen betreffend die internationale Anleihe fortgeschritten würden.

Englischer Optimismus über die Anleiheverhandlungen

London, 7. Juni. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt in den beiden gestrigen Sitzungen der Reparationskommission sei keinerlei Entscheidung erzielt worden.

werde, daß die Bankier ihrerseits zwar nicht die Deckung der deutschen Reparationen, aber eine verminderte jährliche Zahlungspflicht für einen Zeitraum von befristeter 20 Jahren vorschlagen würden.

Briefkasten der Redaktion

Ein Abonnent und Subskriber. Ohne Namensunterkunft können wir Ihr Eingekannt nicht berücksichtigen.

Verlin heimattreuer Oberlehrer. So gern wir Ihren Wunsch erfüllen möchten, den uns zugehenden, etwa 180 Druckseiten umfassenden Bericht über die Nürnbergener Tagung abzuhandeln, aus räumlichen Gründen müssen wir leider davon absehen.

H. A. Gernsbach. So interessant Ihre Anregungen teilweise auch sind, zum Abdruck eignen sie sich nicht.

Schriftleitung Georg Schöfelin. Verantwortlich für Text, Bild, politische Berichterstattung und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für politische Berichterstattung, Sozialen Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bereinsanzeiger

W 8 zu 4 Stellen. Weib und mehr Stellen W 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Offenburg. Warenhaus Steinberg & Co. Kaufhaus Spinner liefert alle Artikel des tgl. Bedarfs. Garngrosshandlung Kaufhaus Wörter Spezialhaus für Stiekgarn Kurz-, Weiss- u. Wollwaren. Email- und Metall-Reklame-Plakate Aetz- u. Emailwerke G. Robert Dold Offenburg. Walter Clauss Leinweberei und Bleicherei Spinnererei und Weberei Offenburg. Henco & Co. Oelfabrik und Raffinerie. Trinkt Armbruster-Bier Böhlinger & Reuss Offenburg. Franz Meyer Nähmaschinen, Fahrräder, Zentrifugen, Reparaturwerkstätte. Kaufhaus Weiher Grosse Auswahl in Haus- und Küchen-Einrichtungen - Mässige Preise. Reserviert für Firma J. Jenewein & Co., Offenburg. B. Stern, Offenburg Schuhwarenhaus Vorteilhaftige Bezugsquelle beim Einkauf von guten und preiswerten Schuhwaren.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan D II Musterschutz Erste Rastatter Herdfabrik Unkel, Wolff & Zwiffelhofer, Rastatt (Baden) Kohlenherde und kombinierte Herde. Gaggenau (Murgtal). Schuhwaren Mass- und Reparaturwerkstätte Schuhhaus J. Schmitt. Badische Maschinenfabrik Durlach Giessereimaschinen Gerbereimaschinen Zündholzmaschinen. Karlsruhe Reichsstrasse - Herrenab und Brötzingen. Karlsruher Reichsstrasse... Baden u. Edelobst-Brennerei Badenia G. m. b. H. A. Rheinboldt Manufaktur- u. Modewaren. Fritz Schoel Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung. Gebr. Tannhauser - Fischmarkt 1 Herren- und Knaben-Bekleidung. Carl Mayer Ww., Feine Herrenschneiderei Herren-Mode-Artikel. Hauser & Levi Spezialhaus für Manufakturwaren und Damen-Konfektion. Herren-u. Knabenkonfektion Jacob Maier. Gustav Fritsch Hauptstr. 45 Herren- und Damen-Schneiderei. Gebr. Kahn, Manufakturwaren engros Verkauf nur an Wiederverkäufer. Herren-Artikel Hüte, Mützen. Karl Kimmerte Inh.: Ludwig Heß. Gebr. Bloch Nachfolger Manufakturwaren - Haupt- Ecke Ritterstraße. Schuh-Haus Leo Haberer & Co., Hauptstraße 80, neben Einhorn-Apotheke Bekanntes Haus für gute Waren. Friedrich Lauth, Manufakturwaren Hauptstrasse 55. Rastatt. Vereinsbank Rastatt e. G. m. b. H. Poststraße 4. Telefon 1. Brauerei C. Franz G. m. b. H. empfiehlt ihre vorzüglichen Biere. Wilhelm Stierlen Maschinen- und Metallwarenfabrik.

Badische Polierscheib- und Putzwoll-Fabrik Rastatt. Gröner & Bloch, Tel. 85. Gebr. Blechner, Nachf. Manufakturwaren :: Herren- und Damenkonfektion :: Berufskleidung. REINHARD ERTEL Erstes Herren- und Sport-Artikel-Spezialhaus. Anton Matheis (Inh.: Aug. Matheis) Kaiserstr. 35 Schuhwaren gegr. 1882. S. Weil & Söhne Schuhfabriken Rastatt. P. M. Gräfinger Manufakturwaren aller Art Damen-, Kinder- und Herren-Konfektion. G. Ertel Weiss-, Woll-Strumpfwaren Kinderwäsche, Pelzkragen. Richard Baer, Rastatt Lumpen- und Papiersortieranstalt Einkauf von Lumpen und Papierabfällen. Carl Frick Kaufhaus Inh.: W. Zabler, Rastatt Wäsche, Kurz- und Wollwaren. Karl Stutz. Bühl i. B. Kauffmann & Wagner Kupferschmiede u. Apparatenbau Bühl (Baden), Telefon 155. J. Bierig & Rosenfeld, Bühl i. B. Rohproduktion, Papiergrosshandlung, Tel. 50 für Büro u. Lager, Poststr. 5, Steinstr. 11 u. 19. Wolf Metter & Jacobi, Bühl (Baden) Eisen und Metalle; Maschinenfabrik und Eisenwerkzeugfabrik. Tel.-Adresse: Metallmeister Hühlerstr. - Fernruf 61 u. 248. Math. Maier Stärke-, Klobstoff- u. Pflanzenleim-Fabrik Altschweier - Bühl i. B. Fabrik Stolzenberg Deutsche Bureau-Einrichtungsgesellschaft m. b. H. Oos - Baden.

